

## «Die Zuwanderung ist besorgniserregend hoch»

Selten war die SVP so konkordant wie vor den vergangenen Bundesratswahlen. Doch im Gespräch mit Christina Neuhaus zeigt der Fraktionschef Thomas Aeschi bereits wieder Zähne und kündigt eine neue Initiative an

**Herr Aeschi, der neue Bundesrat der SVP, Albert Rösti, übernimmt das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Via «Sonntags-Zeitung» haben Sie ihm einen strengen Anforderungskatalog mit auf den Weg gegeben. Wollen Sie ihn zu einem halben Bundesrat machen?**

Die Herausforderungen im Uvek sind riesig. 27 Jahre Mitte-links-Führung haben ihre Spuren hinterlassen: Es herrscht eine Strommangellage, der Verkehr staut sich länger denn je, und beim öffentlichen Verkehr sind die Finanzen so aus dem Lot, dass der Bund Milliarden einschiessen muss. Die Post kauft unter ihrem Verwaltungsratspräsidenten Christian Levrat völlig konzeptlos Privatfirmen auf, und beim Schweizer Radio und Fernsehen wird zunehmend tendenziös berichtet und an den Zuschauern vorbeiproduziert.

**Trauen Sie Albert Rösti das Departement überhaupt zu?**

Natürlich, Albert Rösti hat mein volles Vertrauen. Aber er wird es nicht einfach haben. Auf ihn wartet eine Mammutaufgabe. Doch er wird nie ein halber Bundesrat werden, wie dies der SP-Fraktionschef Roger Nordmann behauptet. Im Gegenteil: Albert Rösti war SVP-Präsident wie Adolf Ogi und Ueli Maurer. Er tritt in ihre Fussstapfen und wird deren Politik fortführen.

**Mit Elisabeth Baume-Schneider ist eine Kandidatin mit klar linkem Profil in den Bundesrat gewählt worden. Was erwarten Sie von ihr?**

Frau Baume-Schneider übernimmt als Sozialdemokratin das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement und damit die Verantwortung für das Asylwesen. Ich hoffe, dass sie das Departement weniger ideologisch führt, als dies ihre Parteikollegin Simonetta Sommaruga während ihrer Zeit als Chefin des EJPD getan hat. Ich erwarte einen pragmatischen Austausch, gerade bei der

Migrationspolitik.

Die SVP hat sich im Vorfeld der Wahl ausgesprochen konziliant verhalten. Sie akzeptierte das Frauen-Ticket der SP und stellte mit Albert Rösti und Hans-Ueli Vogt zwei Bundesratskandidaten zur Wahl, die Mehrheiten bilden können. Erleben wir gerade die Normalisierung der SVP, oder ist das Wahltaktik?

Die SVP hat früh klargemacht, dass sie nur Kandidaten und Kandidatinnen wählen wird, die es aufs offizielle Ticket geschafft haben. Wir waren selbst oft genug Opfer von Machtdemonstrationen. Deshalb habe ich als Fraktionschef insistiert, dass wir uns nicht an solchen Spielchen beteiligen und beispielsweise den von der SP nicht nominierten Daniel Jositsch nicht unterstützen. Und was unsere beiden Bundesratskandidaten betrifft: Natürlich stehen sie zur Konkordanz. Sie sind aber vor allem auch erfahrene und dossierfeste Politiker. In den Hearings haben sie – wie ich gehört habe – klar besser abgeschnitten als die Kandidatinnen der SP.

**Sparen Sie sich die Angriffslust für die Wahlen 2023?**

Mut- und zahnlos werden wir sicher nicht in den Wahlkampf ziehen.

**Die Departementsverteilung ist auffällig zum Vorteil von SVP und FDP ausgegangen. Offenbar wollte Alain Berset ins Finanzdepartement oder ins Aussendepartement wechseln, die Bürgerlichen besetzten aber alle Wunschdepartemente.**

Ich habe Alain Berset am Nachmittag der Bundesratswahlen zufällig getroffen und ihn gefragt, ob er wechseln wolle. Er hat mir versichert, dass er glücklich sei im EDI und ein Wechsel nicht zur Diskussion stehe.

**Weil ihm klar sein musste, dass seine beiden Wunschdepartemente nicht zur**

Verfügung standen.

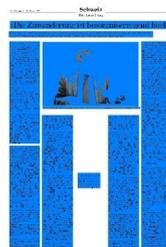
Alain Berset hat sich im Eidgenössischen Departement des Innern gut eingerichtet. Wenn ein Bundesrat keinen Wechsel beantragt, zwingt man ihn in der Regel auch nicht zu einer Rochade. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Bundesrat gar nicht über einen allfälligen Departementswechsel von Alain Berset diskutiert hat.

**Jedenfalls scheinen sich SVP und FDP wieder näherzustehen als auch schon. Träumen Sie bereits von einem bürgerlichen Schulterchluss?**

Der Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Abkommen hat zu einer gewissen Entspannung im Verhältnis der beiden Parteien geführt. Die Zusammenarbeit zwischen SVP und FDP ist namentlich in der Wirtschafts- und der Finanzpolitik, aber auch in anderen Bereichen gut. Wir verfolgen ähnliche Interessen. Wir erhoffen uns von der FDP auch eine klare Unterstützung unserer Politik im Bereich Zuwanderung und Asylwesen. Ich halte dies für die grössten Herausforderungen des Landes. Es müsste deshalb auch im Interesse des Freisinns sein, dort Hand zu Lösungen zu bieten.

**Ende Jahr könnte die Schweiz erstmals über 9 Millionen Einwohner zählen, doch die SVP thematisiert die Zuwanderung bis jetzt nur am Rande. Nehmen Sie politisch Rücksicht auf den Fachkräftemangel der Wirtschaft?**

Der Fachkräftemangel wird durch die Zuwanderung verstärkt – das ist ein Teufelskreis. Gleichzeitig ist die Zuwanderung besorgniserregend hoch. Ende dieses Jahres werden etwa 200 000 Menschen mehr in der Schweiz leben als im Januar. Fast die Hälfte davon, also knapp 100 000, sind Asylmigranten, davon kommen etwa 70 000 aus der Ukraine. Die andere Hälfte sind Zuwanderer aus der



EU und Drittländern. Fakt ist: Wir haben eine sehr hohe Zuwanderung, und sie macht sich an allen Ecken und Enden bemerkbar. Auf den Strassen, in den Schulen, beim Energiekonsum und nicht zuletzt bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Gleichzeitig sinkt der Wohlstand des Einzelnen in der Schweiz. Eine breite Gruppierung, bei der auch SVP-Vertreter mitwirkten, hat bereits eine Initiative formuliert, die auf eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zielt. Hält die hohe Zuwanderung an, wird das Volksbegehren bald lanciert werden.

*Deutschland will den Fachkräftemangel mit einer Steuerung der Zuwanderung lindern. Sollten die 70 000 Ukraine-*

**«Ende dieses Jahres werden etwa 200 000 Menschen mehr in der Schweiz leben als im Januar.»**

*Flüchtlinge in der Schweiz nicht besser in den Arbeitsmarkt integriert werden? Dass bisher erst zehn Prozent aller Flüchtlinge aus der Ukraine Arbeit gefunden haben, deutet darauf hin, dass es sich offenbar bei vielen nicht um gut ausgebildete Fachkräfte handelt.*

*Die SVP drängt darauf, den Status S wieder abzuschaffen. Wieso?*

Der Status S hat es der Schweiz erlaubt, innert kurzer Frist sehr viele von Kälte, Hunger und Krieg bedrohte Ukrainerinnen und Ukrainer aufzunehmen. Ich habe dafür grosses Verständnis. Die Not in der Ukraine ist gross. Der Bundesrat hat den Status S bis März 2024 verlängert. Spätestens dann soll er ihn aufheben und auch Gesuche von Flüchtlingen aus der Ukraine im regulären Asylprozess behandeln. Die Schweiz sollte sich vermehrt auf Hilfe vor Ort konzentrieren. Allein die Betreuung der Ukraine-Flüchtlinge kostet weit über eine Milliarde Franken – hier sind die Kosten der Kantone und Gemeinden

noch nicht einmal eingerechnet. Mit diesem Geld könnte man in den Herkunftsländern viel mehr Menschen helfen.

*Die Migration wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Wie soll die Schweiz Ihrer Ansicht nach darauf reagieren? Grenzen schliessen?*

Das Schweizer Asylsystem ist klar gescheitert. Es zieht junge Männer aus Syrien, Afghanistan und Afrika an, die oft ohne Asylgrund dauerhaft hier bleiben können. Ganz offensichtlich ist auch Schengen/Dublin gescheitert. Der Schutz der EU-Aussengrenzen funktioniert nicht – trotz den Milliarden, die auch die Schweizer Steuerzahler dafür ausgeben. Solange die EU hier nicht liefert, müssen wir unsere eigenen Landesgrenzen selber gegen illegale Asylmigranten schützen.

*Die Ukraine hofft darauf, dass sie sich mit Schweizer Munition gegen russische Angriffe verteidigen kann. Doch die Schweiz verweigert Deutschland sogar die Ausfuhr von 12 000 Schuss Gepard-Munition. Halten Sie das für richtig?*

Wie lange reichen 12 000 Schuss Munition? Eine Viertelstunde. Wir haben es hier mit einer Scheindebatte zu tun. Sie ist Teil des Informationskriegs, den sich die Unterstützer Russlands und die Unterstützer der Ukraine liefern.

*Das heisst, die Schweiz soll hart bleiben und Ländern wie Deutschland oder Dänemark die Ausfuhr von Munition oder Waffen weiterhin untersagen?*

Die Schweiz ist ein neutrales Land, und das bedeutet, dass sie sich weder direkt noch indirekt an Kriegen beteiligt und auch keine kriegführende Partei unterstützen darf. Weiter bedeutet es, dass wir keine Waffen an kriegführende Nationen exportieren dürfen – auch indirekt nicht. Eine Waffenlieferung an die Ukraine über Dänemark oder Deutschland bleibt eine Lieferung von Schweizer Rüstungsgütern an ein kriegführendes Land.

*Das Parlament hat das Waffengesetz erst im letzten Herbst – unter Hilfe der*

*Mitte-Partei – verschärft. Weshalb soll dieses Gesetz nicht korrigiert werden?*

Weil das ein klarer Bruch mit der Neutralität wäre. Wenn die Schweiz Nato-Partnerstaaten den Export von Schweizer Waffen in die Ukraine erlaubt, unterstützt sie die Ukraine und wird damit indirekt zur Kriegspartei. Auch gemäss Haager Abkommen wäre das nach meiner Auslegung nicht erlaubt. Die Annahme der Motion von Thierry Burkart wäre eine gefährliche Entwicklung für die Schweiz.

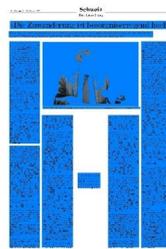
*FDP-Präsident Thierry Burkart schlägt vor, dass die Schweiz demokratische Länder mit strengen Ausfuhrgesetzen wieder beliefern können soll. Bis jetzt verweigert die SVP ihre Unterstützung. Mit welcher Begründung?*

In seiner Motion skizziert Thierry Burkart die Idee eines Katalogs von Ländern, die die Schweiz künftig beliefern können soll. Dazu gehören auch Deutschland und Dänemark. Damit würde im Einzelfall allerdings nicht mehr geprüft, ob ein Land nun an kriegerischen Handlungen beteiligt ist oder nicht. Das ist problematisch. Die SVP schlägt deshalb vor, dass weiterhin eine Einzelfallprüfung stattfinden muss. Exporte wären dann nur noch in nicht kriegführende Länder möglich.

*Das Kriegsmaterialgesetz bedroht die einheimischen Rüstungsbetriebe in ihrer Existenz. Rheinmetall stellt bereits den Standort Schweiz infrage.*

Rheinmetall Air Defence fürchtet vor allem um ihre Hauptabsatzmärkte. Das sind Länder wie Katar oder Ägypten. Die SVP hat sich nie gegen solche Exporte gestellt. Ich bezweifle aber, dass Rheinmetall den Schweizer Standort infrage stellt, weil die SVP keine Waffen und keine Munition an kriegführende Länder liefern will.

*Der Druck auf die Schweiz wird immer grösser. Die EU erwartet Lockerungen bei der indirekten Waffenausfuhr, die USA erwarten mehr Schweizer Engagement bei der Konfiszierung von Geldern russischer Oligarchen. Der Preis für die SVP-Neutralitätsinitiative wäre hoch.*



Die Schweiz verfolgt den Grundsatz der bewaffneten Neutralität seit mehr als 200 Jahren. Aber ich gebe Ihnen recht: Diese Position ist nicht einfach zu verteidigen. Jede Gruppierung – seien es China, Russland oder die USA – will die Schweiz auf ihre Seite ziehen. Der Druck ist gross. Ich bin aber überzeugt davon, dass die Schweiz auch in Zukunft als neutrales Land besser fährt, als wenn wir diese auf Druck der Grossmächte

weiter aufweichen.

### *Inwiefern?*

Beim Ukraine-Konflikt handelt es sich um einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat, und damit liegt eine Verletzung des Völkerrechts vor. Doch die Sachlage ist nicht immer so klar wie in diesem Fall. Dennoch müsste sich die Schweiz in Konflikten jeweils entscheiden, auf wessen Seite sie steht. Wenn wir

unsere Neutralität im Ukraine-Krieg schleichend preisgeben, wie das der Gesamtbundesrat offenbar will, wird es für die Schweiz in Zukunft viel schwieriger sein, ihre Neutralität in anderen bewaffneten Konflikten zu verteidigen und ihre Guten Dienste anzubieten. Deshalb bringt die SVP die Neutralitätsinitiative an die Urne. Das Volk kann entscheiden, und der Bundesrat wird wieder klare Leitlinien haben.



«Albert Rösti hat mein volles Vertrauen», sagt Thomas Aeschi. «Aber er wird es nicht einfach haben.»

ADRIEN PERRITAZ / KEYSTONE